

2.2.2018

Antrag pestizidfreie Kommune Kappeln

Die städtischen Gremien mögen beschließen:

- Die Stadt Kappeln verpflichtet sich, auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) grundsätzlich keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen und wirkt bei Einwohnerinnen und Einwohner sowie bei Unternehmen darauf hin, dass diese ebenfalls darauf verzichten. Ziel ist eine pestizidfreie Stadt Kappeln.
- Auf das Abflammen von Flächen wird zum Schutz der Bodenlebewesen ebenfalls verzichtet.
- Private Dienstleistungsunternehmen, die ggfs. Aufträge zur Pflege öffentlicher Grünflächen erhalten, sind zu einem Pestizidverzicht verpflichtet. Bei Ausschreibungen ist dies als verbindliche Bedingung festzuschreiben.
- Bei einer Verpachtung von kommunalen Flächen ist das Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag zu verankern.
- Einwohnerinnen und Einwohner werden durch die zuständigen Fachabteilungen der Verwaltung über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert. In Verbindung damit werden Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Möglichkeiten beim Gärtnern aufgezeigt.
- Falls es in einzelnen, genau definierten, fachlich begründeten und räumlich eng begrenzten Ausnahmefällen zu einem Pestizideinsatz kommen muss, sind die zuständigen kommunalen Gremien vorher darüber zu informieren.

Begründung

Ziel des Antrages ist eine pestizidfreie Stadt Kappeln. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf Flächen im Besitz der Stadt Kappeln als auch ihrer Beteiligungen sowie im privaten Besitz befindliche Flächen. Durch Selbstverpflichtungen und kommunale Öffentlichkeitsarbeit soll dieses Ziel erreicht werden.

In vielen Städten und Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen.

Durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen überzeugt und motiviert werden, die in ihrem Besitz oder ihrer Verwaltung befindlichen Flächen ebenfalls ohne Pestizideinsatz zu pflegen und zu bewirtschaften.

Viele Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben.

Zusätzlich werden die Pestizide an Trägerstoffe gebunden, die nachweislich schädlich wirken (z.B. Bromide in Glyphosat auf Amphibien).

Auf öffentlich zugänglichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit Einwohnerinnen und Einwohnern kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist dies eine Gefahr.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honig- und

Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Über 40.000 Tonnen belasten jährlich in Deutschland die Umwelt. Das Ziel den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Kommunen können Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit sind über 50 Städte ganz und teilweise pestizidfrei. Mögliche Maßnahmen sind vielfältig. Alternativen zur „Chemiekeule“ sind z.B. vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei die Kommunikation mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

Michael Sven Schattka
Fraktionsvorsitzender

Norbert Dick
stlv. Fraktionsvorsitzender

Beschluss im Wirtschaftsausschuss am 12.9.2018

Einstimmig.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den aufgeführten Sachstand über den derzeitigen, notwendigen und gezielten Einsatz von Pestiziden auf städtischen Flächen zur Kenntnis und beschließt ferner:

1. schrittweise auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen.
2. private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht zu verpflichten.
3. bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte zu initiieren.
4. bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag zu verankern.
5. private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung aufzufordern.
6. BürgerInnen über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informieren und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzuzeigen.

Hier werden zur Zeit noch Pestizide eingesetzt

Auch hierfür gibt es Alternativen!

Sportplätze: Zum Erhalt der Grasnarbe auf den Sportrasenplätzen, müssen die Zweikeimblättrigen Pflanzen verdrängt werden. Wenn die Grasnarbe so nicht erhalten werden kann, wird es umgehend zu vermehrten Unebenheiten und Rutschigkeit aufgrund wilder Pflanzen kommen. Die Verletzungsgefahr ist für die Benutzer zu groß.

Parkplätze: Auf den Granitparkflächen wächst Moos, was auch zu Unebenheiten führt und sehr rutschig ist. Hier ist bisher keine geeignete Alternative zur Bekämpfung gefunden.

Rosen: Die städtischen Rosen werden zum Erhalt in kleinem Umfang gegen Läuse und

Pilze behandelt.

Gehwege:

Wenn Ameisen das Pflaster der Gehwege unterhöhlen, sacken Steine ab und die Verkehrssicherheit ist massiv gefährdet. Ohne gezielte Ameisenbekämpfung kann man die Verkehrssicherheit dann nicht mehr gewährleisten und müsste Gehwegabschnitte komplett sperren. Sanierung abgesackter Bereiche machen nur dann Sinn, wenn die Ameisen dort nicht mehr anzutreffen sind.